

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Hans Koschnick, Vorsitzender der Kommission Sicherheitspolitik beim SPD-Vorstand, bescheinigt Helmut Schmidt bemerkenswerte Hartnäckigkeit: Die Abkehr vom hochgerüsteten Frieden ist keine Hypothese. Seite 1

Manfred Schmidt MdB fordert verschärfte Bestimmungen gegen Neonazis: Opposition verharmlost die Gefahr. Seite 3

Liesel Hartenstein MdB sieht in der programmierten Geburt eine Verletzung der Menschenwürde: Frevel an Mutter und Kind. Seite 5

Dokumentation
Egon Bahr vor der Gustav-Heinemann-Initiative: Frieden retten - Frieden stiften. Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

36. Jahrgang / 98

25. Mai 1981

Mit bemerkenswerter Hartnäckigkeit

Die Abkehr vom hochgerüsteten Frieden ist keine Hypothese

Von Hans Koschnick

Vorsitzender der Kommission Sicherheitspolitik beim SPD-Vorstand

Niemand wird nach der Rückkehr von Bundeskanzler Helmut Schmidt aus den USA überschwenglich werden. Niemand hat aber auch einen Anlaß, nach nüchterner Betrachtung des USA-Besuchs daran zu zweifeln, daß Helmut Schmidt weiter mit einer bemerkenswerten Hartnäckigkeit den Handlungsspielraum der Bundesrepublik nutzt, um auf Verhandlungen der Supermächte über die Reduzierung von Mittelstreckenraketen zu drängen.

Gerade wenn wir uns aber vor Augen führen, daß dieser Frieden, in dem wir jetzt leben, durch die gewaltigen Arsenale an nuklearen und konventionellen Zerstörungsmitteln von vielen Risiken und drohenden Gefahren umgeben ist, so muß unser auf Friedensgestaltung ausgerichteter Denken und Handeln stets von dem hohen sittlichen Ziel bestimmt werden, nämlich über eine schrittweise beiderseitige Waffenverminderung zu einer menschlicheren Gesellschaft zu gelangen, in der nicht Gewalt, sondern Einsicht und Gesittung einen humaneren Umgang untereinander gestatten. Wer dagegen zur Friedenssicherung allein auf Waffen, allein auf militärische Stärke, nur auf Wett- oder Weiterrüsten setzt, lebt weiter riskant am Abgrund und gefährdet überdies die innere Sicherheit seines Landes durch eine steigende, soziale Ungerechtigkeiten bewirkende hohe Kostenlast.

Die Abkehr vom hochgerüsteten Frieden ist keine Hypothese, ist keine Utopie, wenn wir einen vorurteilsfreien und toleranten Umgang mit anderen als Grundlage eigener Lebenseinstellungsmöglichkeiten als Auftrag unserer Politik entwickeln, um somit Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft zu sichern. Nur dadurch ist Konfliktabbau und Interessenausgleich zu ermöglichen und zielbewußt letztendlich eine vertrauensvolle internationale Zusammenarbeit auf allen Gebieten zu erlangen.

Trashter Ungeat
www.illustrations.com
Koching-Paar



Die Beweisführung der eigenen Friedfertigkeit kann aber nicht, wie von pazifistischen Gruppierungen gefordert, damit untermauert werden, daß wir mit dem sofortigen Verzicht auf Verteidigungsmittel als bedingungslose einseitige Vorleistung beginnen.

Die Friedensförderung durch Rüstungsreduzierung kann nur über umfassende, gegenseitige, mit Kontrollmechanismen versehene Vertragswerke, basierend auf Gleichwertigkeit, Gleichgewichtigkeit, verbunden mit vertrauensweckenden und -gewinnenden Maßnahmen erreicht werden. Die globale Stabilität, basierend auf Balance der militärischen Tätigkeiten, kann durch weitere gleichgelagerte Schritte eine gemeinsame Niveausenkung ermöglichen, ohne dabei vorhandene Sicherheitsbedürfnisse beider Seiten preisgeben zu müssen. Die Geschichte zeigt nur wenige konfliktfreie Räume und Zeitabschnitte im Zusammenleben der Völker auf, die überwiegend durch Interessenübereinstimmung und fehlende Rivalität, aber mit Wachsamkeit und Entschlossenheit gesichert werden konnten.

Diese Räume und Zeitabschnitte gilt es zu erweitern. Erwartungsvolle Anfänge, wie die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa mit ihren Nachfolgekonzferenzen, sind eingeleitet worden.

In Menschlichkeit, frei von Mißtrauen und verbunden mit der Bereitschaft zum Kompromiß, sind sie auch über eine angebotene europäische Abrüstungskonferenz mit dem festen Willen auf Gewaltverzicht von allen Seiten fortzusetzen. Eine besondere Sorge bereitet aber trotz unseres erklärten äußeren Gewaltverzichts die Tatsache, daß nicht nur im westlichen Europa eine steigende Zahl von jungen Menschen, die weder als politische Gewalttäter noch als chaotisierte Systemveränderer einzustufen sind, ihren Unmut über die Friedlosigkeit, über die Hungersnöte, über das nicht wegzuleugnende Elend in weiten Bereichen der zivilisierten Welt, aber auch über die ihrer Meinung nach zu verbesserten staatlichen und sozialen Verhältnisse ihrer eigenen Länder gewalttätig zum Ausdruck bringen.

Hier müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um diesem Teil der jungen Generation, den wir allzusehr als Rand- und Aussteigerteil achselzuckend abtun, bei der Bewältigung seiner Probleme zu helfen. Hier sind wir alle aufgerufen, Eltern wie Schule und Kirchen, Arbeitgeber wie Gewerkschaften, Regierungen und Parlamente und auch die Bundeswehr, mit Verständnis, Geduld und Einfühlungsvermögen ihren Anliegen Gehör zu schenken und gemeinsam mit ihnen wirkliche und vermeintliche Mißstände anzusprechen, um diesen unserer Gesellschaft sich abkehrenden Teil der Jugend für den demokratischen Lebensgestaltungszugewinnen. Und andererseits halte ich es für absolut falsch, pauschal unsere Jugend als rebellisch oder gar unserer Gesellschaftsordnung gegenüber als potentiell ablehnend hinzustellen.

Von den rund 15 Millionen jungen Menschen zwischen elf und 25 Jahren zeigt der weitaus größte Teil,

- ob als Schüler, Auszubildender, Geselle, Meister, Polizist oder Student,
- ob als freiwilliger Mitarbeiter in politischen, gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereichen,
- ob als Zivildienstleistender oder als Wehrdienstleistender - im Rahmen der Wehrpflicht als Zeit- oder Berufssoldat - Bereitschaft, unsere freiheitlich demokratische Gesellschaftsordnung mitzutragen, mitzugestalten und nach innen und außen zu sichern.

Auch ihnen darf unsere Aufmerksamkeit, unsere Ermutigung und Zuwendung nicht versagt bleiben, um so mehr, als sie ihre Leistungen und Pflichten unauffällig erbringen und still erfüllen und ihre berechtigten Wünsche und ersehnten Hoffnungen selten so spektakulär wie die Demonstrierenden artikulieren.

Wir, die politischen Repräsentanten sind aufgerufen, die Staatsbürger in Uniform in der Wahrnehmung ihrer Schutzpflichten zu bestärken und ihre Schutzleistungen die uns einen langen Frieden in Europa sichern helfen gegen eine öffentliche Diffamierung oder Fehldeutung mit Nachdruck argumentativ und im politischen Handeln zu verteidigen. Der Wehrdienstleistende Bürger darf in unserer Gesellschaft nicht weniger Wert sein als der, der sich für den Zivildienst aus zwingenden Gründen seines Gewissens entscheiden mußte. Deshalb wehre ich mich gegen die Diffamierung der Soldaten durch die junge Generation ebenso wie gegen die Diffamierung der Kriegsdienstverweigerer durch die ältere Generation.

Nur gemeinsam mit der Jugend, der skeptischen wie der mittragenden, wird es uns gelingen, einen Weg zu ebnen, um die sicherheitspolitische Lösung der Kriegsverhinderung mit militärischen Mitteln durch eine übergeordnete Politik des Friedens, der Gerechtigkeit und des Ausgleichs nach innen und nach außen zu erweitern und abzusichern.

+ + +

Opposition verharmlost die Gefahr

Verschärfte Bestimmungen gegen Neonazis

Von Manfred Schmidt MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion

13 Prozent der wahlberechtigten bundesdeutschen Bevölkerung haben ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild, so lautet die Kernaussage der vom Bundeskanzleramt in Auftrag gegebenen Studie des Sinus-Instituts. Eine alarmierende Zahl! Den schleswig-holsteinischen CDU-Innenminister Barschel beeindruckte das weiter nicht. Er machte es sich einfach und sprach von einer "Beleidigung unseres Volkes" durch das Sinus-Institut. Die Konservativen wollen offenbar weiterhin bei Ihrer Strategie der Verharmlosung der neonazistischen Gefahr bleiben, so wie ihnen das der Bundestagspräsident vorexerziert. CSU-Mitglied Stücklen ließ auf Anfrage der Zeitschrift "Tribüne" durch sein Büro erklären: "Herr Stücklen ist der Auffassung, daß es einen ernstzunehmenden Rechtsextremismus in der Bundesrepublik nicht gibt."

Was muß denn noch alles passieren, um deutlich zu machen, daß die Neonazis immer militanter, immer dreister werden? Nazipropaganda wird auf empörende Art und Weise in aller Öffentlichkeit betrieben.

Helmut Schmidt hat deshalb in seiner Regierungserklärung gesagt: "Wir wehren uns entschieden dagegen, daß Neonazismus bei uns gefährlich auflebt. Gesetzeslücken, die bei der Verfolgung neonazistischer Aktivitäten zutage getreten sind, müssen geschlossen werden." Und es gibt große Lücken im Gesetz:

- In der Bundesrepublik wird massenweise aus dem Ausland, insbesondere den USA, ungehindert Nazi-Material eingeführt.
- Der Staat hat keine strafrechtlichen Möglichkeiten, gegen die Verharmlosung und Verherrlichung nationalsozialistischer Gewalttaten in einschlägigen Zeitschriften und Traktaten vorzugehen. Es geht nicht an, daß Neonazis die niederträchtige Behauptung verbreiten können, im Dritten Reich hätten keine Vergasungen stattgefunden und Broschüren unter der Überschrift "Auschwitz-Lüge" herausgegeben, ohne Gefahr zu laufen, von Amts wegen verfolgt zu werden.

Die SPD hat die Aussage Helmut Schmidts in der Regierungserklärung sehr ernst genommen und einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den angesprochenen Mißständen abhelfen soll. Die Kritik von der CDU/CSU an unserem Vorhaben zeigte wieder einmal, welcher Geist sich dort breitgemacht hat. Benno Erhard, CDU-Rechtspolitiker, erklärte, es sei schwer einzusehen, warum man bestimmte Bücher, zum Beispiel "Mein Kampf", im Ausland drucken dürfe, nicht aber in Deutschland. Eine infame Frage angesichts der Auflagenhöhe, die "Mein

Kampf" in Deutschland schon einmal erreicht hatte. Der rechtspolitische Sprecher der CSU, Fritz Wittmann, machte es noch etwas schlimmer. Er sagte, unter der Roten Fahne und dem Sowjetstern geschehe mehr Gewalttätiges als unter dem Emblem der NS-Zeit. Dieser Herr Wittmann will sich offensichtlich an der Kampagne zur Verharmlosung der nationalsozialistischen Greuelthaten beteiligen.

Aber auch die FDP, die sonst nicht müde wird zu betonen, daß die Regierungserklärung Wort für Wort erfüllt werden müsse, hat kalte Füße bekommen. Plötzlich haben es die Freien Demokraten mit dem Kampf gegen den Neonazismus nicht mehr so eilig. Da wird vorgebracht, man müsse auch die Verherrlichung der Verbrechen des Stalinismus unter Strafe stellen.

Eine unverständliche Forderung, da der Stalinismus in der Bundesrepublik niemals eine Rolle gespielt hat. Es drängt sich der Verdacht auf, daß hier eine notwendige Reform durch unsinnige Forderungen verzögert werden soll.

Die Vorgänge um den Papst-Attentäter und türkischen Faschisten Agca zeigen deutlich: Wir müssen den Extremismus von rechts schärfer bekämpfen - und das trotz und gerade weil der bayerische Ministerpräsident eifrig Kontakte mit türkischen, aber auch mit anderen in- und ausländischen Rechtsextremisten pflegt. Ich erinnere da nur an das Treffen von Strauß mit Faschistenführer Türkeş, dessen Umfeld auch der Papst-Attentäter zugerechnet wird.

Auch in der Bundesrepublik greifen die Neonazis immer häufiger zu brutaler Gewalt. Die schlimmsten Straftaten des Jahres 1980 waren die sieben Sprengstoff- beziehungsweise Brandflaschenanschläge der "Deutschen Aktionsgruppe" des Rechtsanwaltes Roeder auf Ausländerwohnheime: Zwei Tote, zwei Verletzte; das Bombenattentat des Studenten Köhler in München: 13 Tote, über 200 Verletzte; die Mordtaten des Lagerarbeiters Schubert an der schweizerischen Grenze: Zwei Tote, zwei Verletzte.

Der deutsche Bundestag muß ein Zeichen dafür setzen, wie ernst der Gesetzgeber den Kampf gegen den Rechtsradikalismus nimmt. Er muß den Strafverfolgungsorganen die notwendigen gesetzlichen Mittel an die Hand geben. Nur, gesetzliche Möglichkeiten allein reichen nicht, sie müssen auch genutzt werden. Ich habe immer wieder den Eindruck, daß manches Gericht und manche Staatsanwälte Rechtsextremisten mit Samthandschuhen anfassen, ihre Verfolgung nur halbherzig betreiben. Neonazis verbuchen Toleranz, die ihnen aus Angst oder Gleichgültigkeit entgegengebracht wird, als Stärkung ihres Selbstbewußtseins. Sie nehmen sich umso mehr heraus, je sicherer sie sich der Tatenlosigkeit ihrer Umgebung sein können.

Das sollte auch endlich die FDP erkennen und mit uns gemeinsam an verschärften Bestimmungen gegen Neonazis arbeiten.

(-/25.5.1981/ks/ca)

+ + +



Frevel an Mutter und Kind

Die programmierte Geburt verletzt die Menschenwürde

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Frauenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Endlich hat ein Gericht mit seinem Urteilsspruch einen Mißstand ans Tageslicht gebracht, der offen diskutiert und schleunigst behoben werden muß. Die Rede ist von der sogenannten "programmierten Geburt" und vom Urteil des Oberlandesgerichts in Hamm, das die Kliniken für mögliche Schädigungen bei einem solchen Vorgehen haftbar macht. Programmierte Geburt - das bedeutet, künstlich verzögerte, verkürzte oder verlängerte Geburt, je nachdem, wie der "Dienstplan" es erfordert. Tagtäglich wird in vielen Entbindungsabteilungen unserer Krankenhäuser der Natur Gewalt angetan, oft genug zum Schaden von Mutter und Kind.

Es gibt Beispiele dafür, daß junge unerfahrene Frauen, die samstags eingeliefert werden, mit wehenstillenden Mitteln behandelt werden, weil der zuständige Arzt erst Montagfrüh wieder zur Verfügung steht. Es gibt Gegenbeispiele, wo der Geburtvorgang mit Spritzen so stark beschleunigt wird, daß er noch innerhalb des personellen und organisatorischen Zeitplans der Klinik abgewickelt werden kann. Moderne Babys dürfen keine "Sonntagskinder" mehr werden, denn hier gilt die Devise: Sonntags nie! Verpönt ist mancherorts auch die Geburt während der Nachtstunden, die die Natur sich infolge des Biorhythmus besonders gern für dieses Ereignis auswählt.

96 Prozent aller Kinder kommen nach Aussage eines erfahrenen Gynäkologen, des Essener Universitätsprofessors Dr. Fischer, bei einer "natürlichen" Geburt nicht zu dem vom Arzt errechneten Termin zur Welt. Daß der Reifevorgang sich nicht exakt nach dem Kalender richtet, weiß nicht nur jede Hebamme, sondern jede Frau, die Kinder geboren hat.

Es blieb unserer zahlengläubigen Zeit vorbehalten zu meinen, der Rechenschieber sei wichtiger als der Rhythmus, den der Körper sich selbst gibt. Wenn der in Hamm angeklagte Oberarzt sich damit verteidigt, daß in dem betreffenden Dortmunder Krankenhaus 42 Prozent aller Geburten programmiert würden, und diesen Zustand ganz "normal" findet, dann ist eine solche Auffassung alarmierend.

Wohlgemerkt, es handelt sich nicht um diejenigen Geburten, in denen medikamentäre Hilfen und ärztliche Eingriffe notwendig sind, weil irgendeine Störung vorliegt. Vielmehr ist die Rede ausschließlich von jenen Geburten, die unter dem Diktat der Krankenhausorganisation, also eines sogenannten ökonomischen Sachzwangs stattzufinden haben. Wenn die Geburtsorgane sich noch nicht voll auf den Geburtvorgang eingestellt haben, besteht ein enormes Risiko für Mutter und Kind. Im Dortmunder Fall kam das unter Zwang herbeigeholte Kind schließlich nach drei Entbindungsversuchen als Krüppel zur Welt, gelähmt, unfähig jemals greifen, laufen, reden zu lernen. Ein von Anfang an zerstörtes Leben, Tragödie für die Eltern ebenso wie für das Kind selbst.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, ist die Zahl der Kliniken, in der die Praxis der "programmierten Geburt" an der Tagesordnung ist, viel größer, als die meisten wissen. Einer solchen Entwicklung muß energisch entgegengetreten werden: durch eine gute personelle Ausstattung der Krankenhäuser, durch flexiblere Arbeitszeiten, aber auch durch die grundsätzliche Achtung vor der Menschenwürde und dem Recht auf Gesundheit von Mutter und Kind. Entscheidend wird aber sein, auch das Bewußtsein wieder zu wecken, daß nicht alles wissenschaftlich berechenbar und technisch beherrschbar ist. Es wird viel darüber geklagt, daß der Mensch heute den Apparaturen unserer Großkliniken verlorengelange. Am wehrlosesten gegen diese Macht ist dasjenige Wesen, das überhaupt erst ins Leben eintreten will, das Kind.

(-/25.5.1981/hi/ca)

+

+

+



Dokumentation

Vor der Gustav-Heinemann-Initiative hat Egon Bahr am Wochenende in Rastatt ein Grundsatzzreferat gehalten, das wir im folgenden unwesentlich gekürzt wiedergeben.

Frieden retten - Frieden stiften

SPD und FDP sind unserem Volk schuldig, den Kern ihrer Gemeinsamkeit zu erfüllen, der dritte wichtige Abschnitt muß nun auf militärischem Gebiet getan werden, damit Aussöhnung und Frieden in Europa vollendet werden. Keine andere Parteienkonstellation kann das leisten. Das Programm des Aufbruchs zum Frieden von 1969 ist noch nicht eingelöst. Ein neuer Anlauf, auf der Grundlage der damals festgestellten gemeinsamen Überzeugung ist erforderlich. Der Wille zur Gestaltung ist wieder gefragt, von denselben Kräften, die sich gerade dazu zusammengetan haben. Das ist ihr historischer Sinn geblieben.

Wer dies überlegt, stößt schnell darauf, daß die Interessen der beiden Supermächte nicht mit unseren übereinstimmen, genauer: Natürlich haben alle Völker denselben Wunsch, Krieg zu vermeiden, aber die beiden Supermächte müssen überlegen, wie sie ihn gewinnen, wenn er denn nicht zu vermeiden wäre. Aber alle Staaten in Europa zwischen ihnen haben das gemeinsame Interesse ihn zu vermeiden; denn wir alle hätten danach nichts mehr zu gewinnen. Das europäische A und O ist den Krieg zu verhindern. In Washington und Moskau heißt das A: Krieg verhindern und das O: notfalls müssen wir gewinnen können. Ich dünke nicht anders, wenn ich in Washington oder in Moskau säße, und niemand sollte Amerikanern und Russen Vorwürfe machen, wenn sie ihren Interessen folgen. Aber niemand sollte uns einen Vorwurf machen, wenn wir unseren Interessen folgen.

Und damit sind wir beim Risiko. Als das Bündnis begründet wurde, war Europa sicher im Schutze des unverwundbaren Amerika. Inzwischen ist Amerika verwundbar geworden und sieht sich zum ersten Mal in seiner Geschichte einer Situation gegenüber, in der Zerstörung oder gar Vernichtung in sein eigenes Land getragen werden können. Die stärksten Zerstörungspotentiale sind interkontinental. Potentiell liegen dort die größten Risiken. Also haben die beiden Supermächte sich darauf konzentriert, die größten Potentiale mit den für sie größten Risiken mit der größten Anstrengung zu bändigen. Die kleineren haben sie beiseite gelassen, die kleineren Staaten ebenso wie die Waffen. Das hat seine Logik, die wir bejaht haben.

Übrigens haben wir damit einen Schlüssel zu den Diskussionen dieser Monate: Für Amerika und die Sowjetunion geht es um das große globale Gleichgewicht zwischen ihnen. Für beide ist Europa am Rande, für beide ist Europa Vorfeld. Für beide, und nicht nur die Amerikaner, sondern eben genauso für die Russen, sind europäische Mittelstreckenwaffen auch Teile ihres Gesamtarsenals und müssen auch als solche und dürfen eben nicht nur eurostrategisch gesehen werden. Für uns ist Europa Zentrum, was für andere nur das europäische Randtheater ist. Für die Großen sind die großen Waffen strategisch und die kleinen europäische des Schlachtfeldes. Für die Europäer, und zwar alle Europäer, sind die kleinen Waffen die strategischen, weil sie in europäischen Dimensionen groß genug sind in ihrer Zerstörungskraft.

Die Argumente, mit denen Amerikaner der letzten Administration abgelehnt haben, die neuen Raketen seegestützt zu entwickeln, haben mich nicht überzeugt. Landgestützt sind sie sicherer für Amerika, sicherer in dem Sinne, daß im Ernstfall kein sowjetischer Irrtum möglich ist, woher sie kommen. Aber noch vor wenigen Tagen habe ich von einem Russen das bedenkliche Kopfschütteln gesehen über die neue Diskussion, diese Dinger auf die See zu tun. Er meinte, dort seien sie schwerer zu treffen, und er hat Recht. Er will nicht getroffen werden und muß deshalb treffen. Wir wollen nicht getroffen werden und können gar nicht treffen, denn wir verfügen nicht über diese Waffen.

Die Amerikaner halbieren die Flugzeiten, in der sie die Sowjetunion treffen können (durch die beabsichtigten neuen Raketen) und die Russen bereiten sich vor, neue Raketen zu entwickeln, die SS 23, mit einer Reichweite unter 1.000 km; mit diesen Raketen kann man die Flugzeit abermals halbieren. Der Wahnsinn hat Methode, weil damit die Vorwarnzeiten

halbiert und die Abwehrmöglichkeiten reduziert werden. Wer gewinnen will muß anfangen. Und wer verhindern will, daß die eigenen Waffen zerstört werden, bevor sie eingesetzt werden können, muß sie eben einsetzen, auf dem europäischen Theater, wie es so schrecklich deutlich genannt wird.

Mit der Verkleinerung der Waffen, der Verkürzung der Warnzeiten beginnt das Denken an die Premiere für den, der zuerst schlägt. Aber auch diese Überlegung gilt natürlich für beide Seiten. Wer bei uns darauf aufmerksam macht, die Pershing II habe vor allem Sinn, wenn sie zuerst benutzt wird, darf nicht übersehen, daß die Sowjetunion die entsprechende Antwort schon hat.

So, wie die Amerikaner die sowjetischen Flugzeiten unterlaufen könnten, wäre die sowjetische Antwort ein Unterlaufen der neuen amerikanischen Raketen. Wer wäre im Ernstfall schneller, wäre die Frage, an der mit letzter Deutlichkeit zweierlei klar wird: 1. kein Europäer könnte mehr gefragt werden und 2. die Militärtechnik würde entscheidend; bei Flugzeiten von einer halben Stunde, also zwischen den Kontinenten, kann das rote Telefon noch wirken, vielleicht; bei einer Flugzeit von vier Minuten in Europa läuft nur noch alles ab.

Neben den militärischen Folgen darf man die politischen nicht übersehen, die es hätte, wenn sowjetische Mittelstreckenraketen erstmalig in den vorgelagerten Staaten stationiert würden. Die der östlichen Führungsmacht vorgelagerten Staaten würden damit genauso zum Zielgebiet wie die vorgelagerten Staaten der westlichen Führungsmacht. Im Risiko vereint.

Und dieses Risiko ist für die Europäer größer als für die beiden Großmächte. Das ergibt sich nicht nur aus der Geographie. Henry Kissinger hat vor einigen Monaten in Brüssel von dem europäischen Traum gesprochen. Der gehe dahin, daß man natürlich einen Krieg verhindern wolle, wenn er aber doch passiere, dann träumten die Europäer davon, daß er nur in einem großen interkontinentalen Austausch gewissermaßen über ihre Köpfe hinweg stattfindet. Ich glaube, diesen Traum gibt es. Aber es gibt auch einen Traum der Amerikaner und Russen, die der Auffassung sind, daß man Krieg natürlich vermeiden müsse. Aber wenn es schon dazu käme, dann sei es natürlich besser, er findet allein in Europa statt und verschont die heiligen Territorien der beiden Großen. Beide Träume existieren. Davon bin ich überzeugt. Welcher der hoffentlich nie eintretenden Wirklichkeit näher ist, würden zuletzt die entscheiden, die über die Waffen verfügen.

Nun gibt es die bekannte Strategie der NATO, in der wir den Angriff vom Osten voraussetzen mit so starken konventionellen Kräften, daß wir nicht in der Lage sind, konventionell zu halten und den warnenden ersten Atomschlag auslösen. Der könnte gegebenenfalls verstärkt werden bis hin zum interkontinentalen Austausch. Flexible Antwort wird das genannt. Diese Strategie hat die Schwäche, so zu tun, als würden die Russen keine Zeitungen lesen, das also nicht wissen und sich im Ernst so verhalten, wie wir uns das vorstellen und wünschen. Ich bezweifle das. Es entspricht jedenfalls gar nicht russischer Mentalität. Ich bin überzeugt, daß die Sowjetunion den Krieg nicht will, wenn sie aber in der Auseinandersetzung mit den USA an den Punkt käme, in die Unterlegenheit oder an die Wand gedrückt zu werden oder sich so zu fühlen, daß sie glaubt, losschlagen zu müssen, dann würden sie kaum in die angekündigten Fallen laufen und mal erproben, wie der Westen reagiert. Dann würden sie nicht ihre Verbände aufreiben und zerschlagen lassen, sondern das, was sie atomar haben, massiv einsetzen; denn dann ginge es um Gewinnen oder Verlieren und Sterben. Das ist der schlechteste Fall, aber wir sollen ja in worst cases denken. Und worst case wäre auch, wenn ein solcher massiver Erstschlag auf die Bundesrepublik Deutschland begrenzt würde, um noch einmal Atem holen zu können, politisch die letzte Chance zu geben.

Ich weiß, die verkündete sowjetische Strategie spricht dagegen, nach der nichts mehr zu bremsen ist, wenn die atomare Schwelle erst einmal überschritten ist. Diese sowjetische Strategie ist in der Theorie eine Garantie gegen das Abkoppeln durch die Amerikaner. Aber nur in der Theorie. In der Praxis dürften auch die Russen eine Stufe in ihrem Denken haben, auch wenn sie klug genug sind, nicht darüber zu schwätzen. Die gleiche Stufe wie die Amerikaner, deren Strategie ja eben geradezu zum Ziel hat, anhalten zu können, bevor sie selbst Ziel werden. Die flexible response ist die Verlagerung des Risikos ins Vorfeld. Das Bündnis lebt von der Solidarität des Risikos. Die flexible response beläßt das größte Risiko bei den USA, aber will davon trennbar zeitlich und geographisch das Risiko nach Europa vorverlegen. Und etwas Entsprechendes muß auch die Sowjetunion wollen.

Beide Supermächte haben ihr Risiko berechenbar gemacht. Sie haben bündnisüberwältigende Vereinbarungen getroffen, unter Erhaltung der Bündnisse. Es geht um bündnisüberwältigende Vereinbarungen unter Erhaltung der Bündnisse für Europa, damit auch für uns das Risiko berechenbar wird.

Das ist das eigentliche Ziel der Verhandlungen, die zu erreichen, die SPD dem Doppelbeschuß zugestimmt hat. Ohne Doppelbeschuß gibt es keine Verhandlungen, ohne Verhandlungen keinen Stopp der sowjetischen Mittelstrecken-Rüstung und keinen Stopp der amerikanischen mit folgender Stationierung. Es bleibt das erklärte Ziel der SPD, die O-Option zu erreichen. So unwahrscheinlich das von vielen gehalten wird, so wenig das einige wollen, es muß erprobt werden, wieviel der Sowjetunion daran liegt, amerikanische landgestützte Waffen in Europa zu verhindern, die ihr Territorium erreichen können. Daß Skeptiker sagen, wenn erst mal produziert und das Geld ausgegeben ist, wird auch stationiert, überzeugt nicht. Wie können wir von der Sowjetunion verlangen, Produziertes zu verschrotten, wenn wir nicht auch dazu bereit sind? Wenn Geld für Rüstung da ist, darf es für Rüstungsbegrenzung nicht zu schade sein. Schließlich haben beide Seiten für Anti-Raketen-Raketen schon Milliarden ausgegeben und dann doch darauf verzichtet. Und das ist ein gutes Beispiel dafür, wieviel beiderseitige Sicherheit wert ist. Es ist ein schlechtes Beispiel dafür, daß Technik etwas schafft, was wir auch machen, um zu spät zu erkennen, daß es zu gefährlich ist. Ob die Menschheit nicht daraus lernt, muß gefragt werden.

Aber sollte die O-Option nicht erreichbar sein, wäre jede Vereinbarung besser als keine Vereinbarung. Weil ohne Vereinbarung jeder weitermachen könnte, so gut, so schlecht, so gefährlich er kann. Je kleiner das Niveau, umso besser, versteht sich.

Zwei aktuelle Bemerkungen möchte ich einfügen. Ein vorschnelles Urteil über die Gespräche des Bundeskanzlers in Washington wäre falsch; aber nachdem anderthalb Jahre verloren gegangen sind, würde ein Verzögern der Verhandlungen nicht nur die Ceduld der Europäer überstrapazieren, sondern die ohnehinkritische Situation 1983/84 verschärfen, ob und was stationiert werden soll, wenn die Verhandlungen noch nicht zu einem Ergebnis gekommen sein werden. Eile mit Weile ist ein guter Grundsatz, aber Eile bei der Rüstung und Weile bei den Verhandlungen könnten wir nicht hinnehmen.

Zweite Bemerkung: Einige Zeitungen haben dieser Tage darüber spekuliert, ob die Amerikaner den Bundeskanzler nicht fallenlassen sollten, um mit einer anderen Mehrheit leichter vorankommen zu können. Abgesehen davon, daß hier ein reines Satellitendenken deutlich wird, kann nur gewarnt werden: Wer über die Fragen der Sicherheit und des Doppelbeschlusses die SPD in die Opposition drücken möchte, muß wissen, was gegen den geschlossenen Widerstand der SPD auf diesem Gebiet die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr der stabile Partner bleiben würde, den das Bündnis braucht. Die Union kann zwischen Duldung und Opposition schwanken. Eine Union der Nachrüstung in der Regierung würde unser Volk spalten. Auch deshalb ist die Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition für das Land erforderlich. Das muß auch denen gesagt werden, die der Bundesregierung in verständlicher kritischer Ungeduld gegenüber stehen.

Als erste Aufgabe sehe ich also, die weitere Rüstung auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen zu stoppen. Wer heute die Atomfreiheit für Europa fordert, verlangt den fünften Schritt vor dem ersten. Realistisch ist für die nächste Phase nur, von Rüstungsbegrenzung zu sprechen, danach erst kommt die Abrüstung.

Zur Rüstungsbegrenzung gehört die zweite Aufgabe. Sie liegt darin, Kriterien zu entwickeln, durch die es möglich werden soll, den Weg neuer Technologien in die operative Einführung zu unterbrechen. Wir müssen erreichen, daß nicht ständig neue Technologien eingeführt werden. Sonst bekommt die Politik der Entwicklung nicht mehr in den Griff. Die Erfahrung seit dem Atomblitz über Japan zeigt zweierlei. Erstens: Die Abschreckung, sprich die Angst vor dem Inferno, war in den zurückliegenden 35 Jahren wirksam. Zweitens, dort, wo die Abschreckung nicht wirksam war, waren Kriege denkbar. Sie sind ja auch geführt worden. Auf Europa übertragen heißt das: Wir haben sicher gelebt in der relativen Sicherheit, die es auf dieser Welt nur gibt unter dem Schirm der Abschreckung, unter dem Schirm der Bündnisse, unter dem Schirm des untragbaren Risikos für alle. Wenn



das Risiko berechenbar wird, wird es auch wieder Krieg geben können, selbst in Europa. Das ist ja ein Teil der Angst, die berechtigt ist. In bewußter Überspitzung könnte man sagen: Wenn es möglich wäre, einen Pfeil zu entwickeln, der vollautomatisch sein Ziel trifft, ohne sonst Schaden anzurichten, dann wäre das Risiko klein und Krieg denkbar. Die Hochtechnisierung von Waffen, die ganz begrenzt, ganz klein, auf immer weniger Menschen einsetzbar werden, macht Krieg denkbar, weil der Blick in den Abgrund erspart bleibt. Und dann wird man ihn auch führen. Die Abwendung von der massiven Abschreckung, die für nicht mehr glaubwürdig erklärt wurde, führte zu kleineren Waffen, die das Risiko verkleinern und Krieg wieder vorstellbar machen. Wir haben es mit dem Paradox zu tun, das die Verkleinerung des Risikos das Risiko erhöht. Das führt zu der Forderung: Stoppen der weiteren Absenkung der nuklearen Schwelle, stoppen der Einführung neuer atomarer Systeme, das gilt auch für die Neutronenwaffen.

Als Mitglied der Palme-Kommission habe ich vor kurzem gelernt, welche neuen Waffenentwicklungen vom Reißbrett den Weg in die experimentelle Erprobung nehmen. Die Welt, die wir aus Zukunftsromanen kennen, beginnt schon. Mit Strahlenwaffen ist noch in diesem Jahrzehnt zu rechnen. Sie werden die Raketen reif zur Verschrottung machen, übrigens auch die SS 20, aber für den Einsatz auf dem Gefechtsfeld noch längere Zeit brauchen, das heißt, sie werden ebenfalls destabilisierend wirken. Die absolute Präzision der Weltraumwaffen läßt Wissenschaftler ins Schwärmen geraten. Der Weg in den Untergang ist mit Fortschritten gepflastert. Und niemand darf hoffen, daß der Westen ein Monopol haben wird. Und niemand kann wissen, ob nicht der Osten einen technisch relevanten Vorsprung zeitlich begrenzt erreichen kann.

Was folgt aus alledem? Es folgt, daß es Sicherheit nur noch gemeinsam gibt. Ich bin nicht mehr vor meinem Gegner sicher, sondern nur noch mit ihm. Nicht mehr gegeneinander, sondern nur miteinander werden wir sicher sein. Das Nebeneinander organisieren, um daraus ein Miteinander zu entwickeln, das stand am Anfang 1969. Es bleibt zu tun. Und das heißt, es reicht nicht, über Waffen und Strategien zu verhandeln. Wir müssen darüber sprechen, wie wir zusammen leben wollen. Wir werden den Frieden nur retten, wenn wir Frieden stiften, in der nüchternen Leidenschaft Gustav Heinemanns.

(-/25.5.1981/h1/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

